



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 161. Ratssitzung vom 12. November 2025

5409. 2025/481

Dringliches Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 22.10.2025: Aufnahme und Behandlung von schwerverletzten oder kranken Kindern aus dem Gazastreifen im Rahmen der vom Bundesrat lancierten humanitären Rettungsaktion

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Severin Meier (SP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5278/2025): Gestern konnte man im Blick das erschütternde Tagebuch von Layla lesen. Sie ist eines der Kinder aus Gaza, die im Moment in der Schweiz medizinisch behandelt werden. Layla ist zwei Jahre alt. Sie hat im Gazastreifen an Hunger und Kälte gelitten und sich die Leberkrankheit Hepatitis A zugezogen. Bei einem Raketenangriff am 23. Juni 2025 kamen ihr Vater und alle vier Schwestern um. Sie selbst ist schwer verletzt: Ihr Oberschenkelknochen ist zertrümmert, ihr Bein in einem schlimmen Zustand. Sie benötigte dringend eine Operation, die im Gazastreifen nicht möglich war, weil das gesamte Gesundheitssystem zusammenbrach. Am 24. Oktober 2025 kam Layla zusammen mit ihrer Mutter in die Schweiz und wird seither medizinisch behandelt. Heute Abend sprechen wir über Kinder wie Layla. Ich erzähle ihre Geschichte, weil ich nicht möchte, dass Kinder als Zahlen behandelt werden, sondern als Menschen, die unseren Schutz brauchen. Zudem handelt es sich heute um eine ausserordentliche Debatte, da zwei Fraktionen Stimmfreigabe beschlossen haben. Es gibt also Leute im Rat, die noch überzeugt werden können. Ich hoffe, dass ich mit meinem Votum dazu beitragen kann, dass möglichst viele dem Postulat zustimmen. Dass die Schweiz 20 Kinder aus Gaza aufnimmt, ist richtig und wichtig. Wir sind aber überzeugt, dass die Schweiz mehr als 20 Kinder aufnehmen kann. Zürich soll einen Beitrag dazu leisten, über diese Zahl hinauszugehen. Warum sprach das Staatssekretariat für Migration (SEM) nur von 20 Kindern? Weil sich der Flaschenhals bei den zur Verfügung stehenden Betten in Schweizer Spitälern befindet. Zürich verfügt über ein Stadtspital und kann einen Beitrag leisten. Wir fordern den Stadtrat auf zu prüfen, wie sich die Stadt Zürich dafür einsetzen kann, dass im Stadtspital verletzte oder kranke Kinder aus Gaza behandelt werden. Wir haben das Postulat bewusst sehr breit formuliert, damit jegliche Unterstützung des sinnvollen Programms des Bundesrats geprüft werden kann. Wir denken hierbei an die finanzielle Unterstützung von Kantonen, die freie Spitalbetten haben und willens sind mitzuhelfen, aber auch an personelle und administrative Unterstützung. Liebe Ratskolleg*innen, es zeichnet sich



eine längere Diskussion ab. Ich habe zwei Bitten: Erstens führen wir diese Debatte mit Respekt gegenüber den Kindern und ihrer Familien, die hier in der Schweiz sind. Ich hoffe, dass niemand heute Abend argumentiert, diese Familien würden ein Sicherheitsrisiko darstellen. Abgesehen davon, dass sie einer internationalen wie auch schweizerischen Sicherheitsprüfungen unterzogen wurden, braucht es nicht mehr als gesunden Menschenverstand, um zu verstehen, dass Layla und ihre Mutter kein Sicherheitsrisiko darstellen. Zweitens bitte ich euch um Ehrlichkeit. Die Ablehnung des Postulats ist selbstverständlich euer Recht. Wir haben verschiedene Ansichten zur Ressourcenallokation und ihr könnt argumentieren, es sei zu teuer oder nicht sinnvoll. Aber sagt nicht, wir sollten Hilfe vor Ort leisten, wenn ihr in der Vergangenheit gegen diese gestimmt habt. Es freut mich, dass der Stadtrat das Postulat zur Prüfung entgegennimmt. Noch mehr freut es mich, dass das Jüdische Forum Schweiz sich vorgestern an uns Gemeinderät*innen gewandt und das Postulat explizit zur Zustimmung empfohlen hat. Liebe Ratskolleg*innen, wir können über vieles streiten, aber hier geht es nicht um parteipolitische Ansichten, sondern um Menschlichkeit. Es geht um das Leben von Kindern wie Layla.

Stefan Urech (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 5. November 2025 gestellten Ablehnungsantrag: Es ist absurd und völlig ineffizient, Menschen für medizinische Behandlungen von so weit her nach Zürich zu fliegen. Sie wollen, dass die Leute hierherkommen und nie mehr zurückgebracht werden. Es gibt israelische Rechtsaussen-Politiker, beispielsweise Itamar Ben-Gvir, die sich sehr über das Postulat freuen. Diese Politiker haben schon mehrmals gefordert, dass die palästinensische Bevölkerung aus Gaza abgeschoben wird. Nun fordern Sie ebenfalls eine Umsiedlung palästinensischer Menschen aus dem Gazastreifen. Hier sehen wir wohl ein Beispiel der Hufeisentheorie, dass sich ganz links aussen mit ganz rechts aussen trifft. Es geht kein Monat vorbei, in dem wir von der SVP uns nicht als Nazis und Faschisten beschimpfen lassen müssen. Jetzt, wo es um den Import von Menschen geht, die in einem faschistischen System aufgewachsen sind und geschult wurden, drücken Sie beide Augen zu. Jeden, der Kritik daran übt, bezeichnen Sie als geschmacklos. Auch muslimische Nachbarstaaten wie Ägypten haben Sicherheitsbedenken angebracht. Wir finden es geschmacklos, wenn das Leid von Kriegsoffern für den persönlichen Gemeinderatswahlkampf missbraucht wird. Es ist sehr komisch, dass Sie genau dieses Volk auserkoren haben. Ich habe noch nie etwas über somalische, nigerianische, christliche Kinder gehört, die verfolgt werden. Wieso? Weil Sie Ihrer Wählerbasis gefallen wollen. Nicht die Bevölkerung der Stadt Zürich muss dafür aufkommen. Die Hamas Chefs sind Millionäre. Katar, das den Ursprung des Kriegs finanzierte, ist voller Millionäre. Die Erben von Jassir Arafat sind Millionäre. Diese sollen für Ihren politischen Stunt zahlen – nicht die Steuerzahler.

Weitere Wortmeldungen:

Michele Romagnolo (SVP): Ich schliesse mich Stefan Urech (SVP) an. Im Postulat verlangt ihr, der Stadtrat solle prüfen, wie verletzte Kinder aus dem Gaserstreifen im Rahmen einer Rettungsaktion in Zürich medizinisch behandelt werden können. Die Pflege verletzter Kinder ist ein sehr menschliches und verständliches Anliegen. Niemand stellt



infrage, dass kriegsversehrte Kinder medizinische Hilfe brauchen. Doch gemäss Vorschlag soll nicht nur die Behandlung der Kinder geprüft werden, sondern auch die Mitnahme mehrerer Angehöriger. Hier müssen wir genau hinsehen. Es ist nicht üblich, dass mehrere Familienmitglieder mitkommen, um das Kind zu betreuen. Wir verfügen in der Schweiz über sehr gut ausgebildetes Spitalpersonal, Pflege und psychologische Betreuung. Wenn mehrere Angehörige mitkommen, geht dies über den humanitären Zweck hinaus. Es besteht das Risiko, dass die Leute bleiben und wir wissen, wie schwierig Rückführungen dann sind. Am Ende müssten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht nur für den medizinischen Aufenthalt dieser Personen aufkommen. Wir haben nichts dagegen, verletzten Kindern zu helfen. Wenn die Stadt Zürich in einzelnen Fällen medizinisch unterstützen kann, soll sie das machen. Aber wir sind klar dagegen, dass mit jedem Kind mehrere Begleitpersonen mitkommen. Humanitäre Hilfe muss zielgerichtet, verantwortungsvoll und ohne Hintertürchen zur dauerhaften Einwanderung erfolgen.

Dominik Waser (Grüne): *Es wurden bisher über 64 000 Kinder getötet oder schwer verletzt, darunter ungefähr 1000 Babys. Viele Tausende haben ihre Eltern und Angehörigen, haben alles verloren. Die humanitäre Lage ist weiterhin katastrophal. Überall herrscht Mangelernährung, die Infrastruktur ist zerstört, die Versorgung ist ungenügend und die Bombardierung geht weiter. Unschuldige Menschen müssen leiden, weil wir als Teil der internationalen Gemeinschaft versagen, weil wir unsere Verantwortung nicht wahrnehmen. Die Schweiz hat bis jetzt sieben verletzte Kinder und Jugendliche aufgenommen. Dass wir über diese Zahlen von sieben oder zwanzig diskutieren, ist ein Armutszeugnis. Würden wir 125 Menschen aufnehmen, also die Anzahl der Mitglieder des Gemeinderats, wären dies schon mal 17-mal so viele wie im Moment Aufgenommene. In Gaza leben ungefähr eine Million Kinder, das heisst 8000 Mal so viele wie unser Gemeinderat Menschen zählt. Würden wir uns in einer solch katastrophalen Situation befinden und Hilfe benötigen: Was würdet ihr darüber denken? Dass wir diese Debatte führen müssen, ist nicht nur traurig und unmenschlich, sondern auch unschweizerisch. Wenn ihr euch dagegen ausspricht, könnt ihr nie mehr argumentieren, die Schweiz habe eine humanitäre Tradition. Das Postulat verlangt das Mindeste. Die Stadt Zürich könnte hunderte verletzte Kinder aufnehmen. Wir könnten Millionen ausgeben, auch für den Aufbau medizinischer Infrastruktur im Gazastreifen, für Hilfslieferungen. Wir könnten uns ernsthaft engagieren.*

Samuel Balsiger (SVP): *Euch geht es nicht um die Sache, sondern um eine Profilierungsplattform. Die Kameras sind auf euch gerichtet. Dominik Waser (Grüne) hat mein Votum perfekt unterstrichen: Er hat aufgezählt, was getan werden könnte, wenn wir wollten. Wir könnten hunderte Kinder aufnehmen, wir könnten Millionen ausgeben. Warum fordern Sie dann nicht hunderte Kinder oder dass die Stadt Millionen ausgibt? Weil es sich um Substanzsummen handeln würde, die selbst Ihre Leute hinterfragen. Sie fordern bloss 20 Kinder, weil Sie so keinen Widerstand auf der linken Seite erwarten müssen und weil Sie wissen, dass auch bei einem Kind Widerstand von unserer Seite kommt. Dann können Sie mit dem Finger auf die Gegenseite zeigen und uns vorwerfen, nicht einmal 20 Kinder aufnehmen zu wollen. Sie missbrauchen den «Jö-Effekt». Wir müssen über Zahlen und nicht über Kinder sprechen, weil alle Sympathie für Kinder haben. Ein schreiendes Kind löst physischen Schmerz in den Menschen aus, das ist evolutionär verankert.*



Erwachsene sind dann Hamas-Unterstützer, Faschisten, Terroristen. Dass Sie einer von der Hamas dominierten Hilfsorganisation Millionen geben wollten, löste in der Öffentlichkeit viel Kritik aus. Nun versuchen Sie es mit Kindern. Sie erzählen minutenlang, was das Kind erlebt hat, wecken Emotionen und stellen sich als Retter dar. Sagen Sie die Wahrheit, dass die Hamas die Auslöserin war, und hören Sie mit Ihrem Wahlkampf auf.

Tanja Maag (AL): *Es gibt für die AL drei entscheidende Punkte, weshalb wir diesen Vorstoss gerne mit eingereicht haben: humanitäre Verpflichtung, medizinische Notwendigkeit und die Entscheidung des Zürcher Regierungsrats, für die wir uns freudschämen. In Gaza steht kein Stein auf dem anderen, Millionen Menschen wurden vertrieben, über 100 000 Verletzte haben kaum Zugang zu medizinischer Hilfe. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zeigte die dramatische Situation schon im Frühling mehrfach auf. Ein weiteres Spital in Gaza Stadt stellte kürzlich den Betrieb ein, weil die medizinische Versorgung nicht mehr möglich ist. Es gibt keinen Strom, kein Wasser, keine Medikamente. Aktuell existiert noch ein halbwegs funktionierendes Spital in Gaza Stadt, aber keine Anästhesiemittel, keine Blutkonserven, nichts. Es ist unsere humanitäre Verpflichtung, Hilfe zu leisten. Vor Ort ist dies im Moment kaum möglich. Der Bund hat dem Kanton anboten, 20 Kinder zur Behandlung in die Schweiz zu bringen. Das ist eine punktuelle Leidensminderung, aber immerhin eine Leidensminderung. Die Kinder haben mit diesem ganzen Konflikt nichts zu tun. Sie haben nicht danach gefragt, mit wenigen Lebensjahren allein vor dem Nichts zu stehen. Sie brauchen Hilfe und die reiche Schweiz hat angeboten, 20 Kinder zu behandeln. Die Regierung des Kantons Zürich hat entschieden, nichts dazu beizutragen: kein einziger Platz in der kantonalen Kinderuniversitätsklinik oder an anderen Standorten im Kanton. Das unmenschliche Gremium hält daran fest, trotz massivem Widerstand aus der Bevölkerung und dem Kantonsrat. Diese Haltung ist schockierend. Deshalb springen wir heute Abend ein. Ihr habt die Geschichte des zweijährigen Mädchens gehört. Wenn Kinder hospitalisiert werden, ist es üblich, dass Bezugspersonen mitgehen. Es kann sich um eine, manchmal aber auch zwei oder drei Begleitpersonen handeln. Das ist eine Selbstverständlichkeit in der Schweiz und es gibt nichts, was dafürspricht, es in diesem Fall anders zu handhaben. Die Solidaritätsbekundungen der letzten Tage berührten mich, beispielsweise die aktive Unterstützung durch jüdische Personen. Trotz des eigenen Leids nach der Katastrophe am 7. Oktober 2023 sehen sie, dass die humanitäre Lage in Gaza katastrophal ist und bleibt. Sie begrüßen den dringend notwendigen humanitären Schritt. Und sie wissen aus der eigenen Familiengeschichte, dass die Aufnahme von Menschen durch die Schweiz einen lebenswichtigen Unterschied machen kann. Lassen Sie diese Worte auf sich wirken. Es ist unglaublich, wie die SVP es schafft, Menschlichkeit mit dem Ansinnen gleichzusetzen, Menschen aus Gaza wegzuschaffen und dabei von «Import von Menschen» zu sprechen. Das zeigt, dass es überhaupt nicht zielführend ist, mit Ihnen darüber zu diskutieren, ob dieser Vorstoss nötig ist. Die verschiedenen Postulate zur humanitären Hilfe in Gaza haben gezeigt, dass es eine Objektivierung braucht, eine Veranschaulichung der Beurteilung von Unterstützung und Hilfseinsätzen. Anders geht es mit Ihnen nicht. Die AL reicht deshalb heute Abend einen Vorstoss ein, der die Voraussetzungen schaffen soll, dass Netzwerke und private Personen Unterstützungsanträge stellen können. Diese sollen anhand von Fachkriterien beurteilt werden, die mit einem humanitären Fonds finanziert werden. Dies*



würde der SVP die Bühne für ihre rassistischen Voten nehmen.

Sven Sobernheim (GLP): Leid in einem Kriegsfall, Leid von Kindern ist etwas Emotionales. Damit schliesse ich mich nicht meinem Vorredner an, der sagt, dieses werde missbraucht. Egal, wie wir zu diesem Vorstoss stehen, bewegt dieses Thema uns alle. Die GLP hat Stimmfreigabe beschlossen, weil verschiedene Überlegungen dazu vorliegen. Auf der einen Seite steht das politische Zeichen gegen aussen und dem Kanton gegenüber, dass wir nicht tatenlos zusehen wollen. In Zürich waren wir schon immer der Meinung, dass es uns auch braucht – sei es bei der humanitären Hilfe, die wir vor sieben Jahren deutlich aufgestockt haben, oder bei der Entwicklungshilfe. Es geht auch um das Zeichen, dass es andere Wege gibt. So könnten wir unsere Angestellten des Kindernotfalls vom Stadtspital nach Basel schicken, weil sie bereit sind, Leute aufzunehmen. Ein anderer Teil der Fraktion argumentiert, die Entscheidung liege beim Kanton. Wir als Stadt können frustriert sein, dies aber nicht ändern. Uns alle beschäftigt das Kinderleid. Wir stellen nicht infrage, dass unter dem Krieg viele Zivilist*innen und Kinder leiden.

Karin Weyermann (Die Mitte): Ich kann mich Sven Sobernheim (GLP) anschliessen: Auch wir haben die Stimmfreigabe beschlossen. Auch bei uns spielen ganz verschiedene Faktoren rein, die zu unterschiedlichen Abwägungen geführt haben. In Gaza spielt sich eine Tragödie ab. Die Kinder leider am meisten darunter und sind auf unsere Hilfe angewiesen. Die vom Regierungsrat vorgebrachten Sicherheitsbedenken sollten wir jedoch ernst nehmen. Die linken Parteien müssen sich nicht wundern, dass die SVP schweizweit immer stärker wird, wenn sie diese komplett negieren und die Ängste der Bevölkerung nicht ernst nehmen. Damit sage ich nicht, dass ich diese Angst teile. Ich sage nur, dass wir sie ernst nehmen müssen. Die Frage ist, wie die Stadt sich einsetzen will und kann. Das Postulat ist offen formuliert. Die Stadtspitäler haben keine spezialisierten Kinderkliniken, sind also mit der Behandlung von derartigen Verletzungen möglicherweise überfordert. Wie sich die Stadt einsetzen kann, will deshalb gut überlegt sein. Es ist jedoch notwendig, humanitäre Hilfe zu gewährleisten und diese Tradition der Schweiz hochzuhalten. Bei uns hat jede Person für sich selbst die Abwägungen dazu gemacht.

Selina Walgis (Grüne): Karin Weyermann (Die Mitte) sprach über die Ängste der Bevölkerung. Dieses Argument finde ich unverhältnismässig, wenn man an die Ängste der Kinder im Gazastreifen denkt. Die Aufnahme zur Behandlung von schwer verletzten Kindern aus dem Gazastreifen sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Wir müssen Menschlichkeit zeigen. Zum Sudan: Es ist kein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch. Wir werden bei der Budgetdebatte sehen, wer für die Erhöhung der humanitären Hilfe stimmt.

Michael Schmid (FDP): Von drei staatlichen Ebenen sind zwei für dieses Thema zuständig: Bund und Kanton. Eine ist es nicht: die Stadt Zürich. Severin Meiers (SP) Geschichte geht nicht auf, wenn er von einem zweijährigen Mädchen und seiner Mutter spricht und die zwei weiteren Begleitpersonen nicht erwähnt. Hier gelangen wir zur Zuständigkeit des Regierungsrats des Kantons Zürich: Dieser übernahm die Sicherheitsbeurteilung und teilte das Ergebnis dieser Prüfung mit. Deshalb hat das Postulat keine Wirkung, ausser



dass es den linkspopulistischen Zeitgeist befriedigt. Der Regierungsrat hat die Kompetenz, die Mittel und den Willen, eine Umsetzung zu verhindern.

Ronny Siev (GLP): Wir haben Stimmfreigabe beschlossen. Ich lehne das Postulat ab. Der Grund ist die Sicherheit. Der Kanton sprach von erheblichen Sicherheitsbedenken. Eine mögliche Verbindung von einzelnen Personen zu bundesweit verbotenen Organisationen kann nicht ausgeschlossen werden. Die Hamas selbst gab den Personen die Bewilligung zur Ausreise. Andere Kantone und Deutschland sehen dies ebenfalls so. Verschiedene Studien zeigen auf, dass in den Schulen in Gaza mörderischer Judenhass gelehrt, Verschwörungsmythen erzählt, Gewalttaten verherrlicht werden. Generationen von Kindern lernen in Gaza, dass es ihr Lebensziel ist, Juden zu töten. Wir haben gesehen, was am 7. Oktober 2023 passiert ist. Immer noch befürwortet ungefähr die Hälfte der Menschen diese Geschehnisse. In der Gründungscharta der Hamas steht explizit, dass alle Juden getötet werden müssen. Die Linke und auch der Bundesrat sehen kein Problem für die Juden in Zürich. In Frankreich erhielt eine Studentin aus Gaza Stipendien, ebenfalls im Sinn der humanitären Tradition Frankreichs. Die französischen Behörden kontrollierten sie und fanden nichts Auffälliges. Eine Zeitung fand heraus, dass sie auf Social Media die Ermordung aller Juden forderte. Sie lobte Hitler und seine Endlösung. Ein riesiger Skandal folgte. Das Programm wurde sofort gestoppt. Ich bezweifle, dass die Schweiz eine bessere Kontrolle als Frankreich durchführen kann. Der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Zürich (ICZ) schreibt in einer E-Mail, man dürfe die Sicherheitsbedenken, die zahlreiche jüdische Zürcherinnen und Zürcher haben, nicht unterschätzen. Letztes Jahr kam es in Zürich zu einem Mordanschlag auf einen Juden. Der Täter teilt die Ideologie, die in Gaza vorherrscht. Die jüdische Community ist enorm verunsichert. Es gibt auch solche, die eine andere Meinung haben, aber grundsätzlich sind sie sehr verunsichert. Eine vulnerable Minderheit, die seit zwei Jahren mit enormem Hass und Gewalt konfrontiert ist und in der Geschichte immer wieder Gewalt ausgesetzt war, äussert absolut berechtigte Bedenken zu ihrer Sicherheit. Die weisse privilegierte Mehrheit nimmt sie nicht ernst. Es ist zynisch, nicht darüber sprechen zu wollen. Die Kinder in Gaza leiden wie in allen Konfliktgebieten und das geht mir sehr nahe. Natürlich müssen wir den verletzten Kindern helfen. Die GLP unterstützte deshalb vor ein paar Monaten ein Postulat zur Hilfe in Gaza. Die Hilfeleistung soll effizient und bedarfsgerecht vor Ort oder in der näheren Umgebung durchgeführt werden. Die einzig richtige Antwort ist, was die GLP-Fraktion zusammen mit der Fraktion Die Mitte/EVP im Kantonsrat forderte: 5 Millionen Franken an humanitärer Hilfe für Kinder in Konfliktgebieten.

Serap Kahriman (GLP): Die Angst wird wahrgenommen und ernst genommen. Bedacht werden muss jedoch, dass der Aufschrei riesig wäre, wenn es sich um jüdische Kinder handeln würde. Vorwürfe des Antisemitismus würden laut. Die Systematik des antimuslimischen Rassismus ist, dass Musliminnen und Muslime nur Täter und nie Opfer sein können. Genau das führt uns zur heutigen Position. Die rechte Seite spricht von «Import von Menschen», was ich nicht verstehen kann. Ich appelliere an Ihre Menschlichkeit und Empathie. Überlegen Sie sich, wie Sie bei jüdischen Kindern abstimmen würden.



Sanija Ameti (Parteilos): «Helfen, ohne zu fragen, wem», lautet das bekannteste Zitat von Henry Dunant und damit das Fundament der humanitären Schweiz. Dem Entscheid des Zürcher Regierungsrats liegt ein Kernaspekt zugrunde: Empathie. Wenn Empathie an Gruppenzugehörigkeit anstatt an Menschlichkeit geknüpft wird, fragt man, wem geholfen werden soll. Dann müssen Gründe gefunden werden, warum die Menschen, denen man nicht helfen will, nicht würdige Menschen sind. Sie seien ein Sicherheitsrisiko, zukünftige Terroristen, wird gesagt. So wird Menschenwürde verhandelbar. Ich bin aus einem Land geflüchtet, in dem Menschenwürde verhandelbar war. Und eines habe ich mir geschworen: Ich möchte nie mehr in einem Land leben, in dem jemand bestimmt, wer Mensch ist und wer nicht. Der Bundesrat hat mit seinem Entscheid gezeigt, dass das in diesem Land niemand bestimmt. Dafür bin ich ihm mit meinem Leben dankbar.

Dr. Bernhard im Oberdorf (Parteilos): Es handelt sich wirklich um eine sehr schwierige Debatte, wenn man die Problematik ernst nimmt. Die Tragik eignet sich nicht für Polemik oder Wahlpropaganda. Ich habe den Eindruck, dass das Anliegen hier echt ist, dass sich viele betroffen fühlen und dass man das nicht einfach auf Wahlmanöver reduzieren kann. Man kann fragen, weshalb andere Tragödien wie im Sudan nicht mit einbezogen wurden. Auch das ist grauenhaft. Die Ängste muss man ernst nehmen, aber man darf sie nicht befeuern, schüren oder mit Falschinformationen provozieren. Dass die Menschen, die kommen, ein Sicherheitsrisiko darstellen sollen, ist zunächst nicht mehr als eine Behauptung. Wird von Sicherheitsrisiken gesprochen, gibt es ganz andere auf dieser Welt. Es gibt Präsidenten, Diplomaten, Armeeangehörige, die demokratische Spielregeln aushebeln wollen und sich nie einem Sicherheitscheck unterziehen mussten. Solche Leute stellen ein viel grösseres Sicherheitsrisiko dar als diejenigen, über die wir heute sprechen. Die Befürchtung, dass sie nicht mehr in ihr Land zurückkehren werden, ist begründet. Wohin sollen sie denn zurück? Gaza gibt es eigentlich gar nicht mehr. Die 20 Kinder sind bloss ein Tropfen auf den heissen Stein. Diese Unterstützung löst die Problematik nicht. Das macht das Ganze noch viel tragischer. Aber es ist immerhin ein Symbol, dass wir helfen wollen. John Locke sagte «Homo homini lupus», «Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf». Dies war der Begriff der Anarchie, die zwischen den Menschen und den Staaten herrschen kann. Dort müsste man ansetzen. Das ist sehr schwierig. Natürlich gibt es Flüchtlinge, die uns belasten. Aber es ist unsere humanitäre Tradition, etwas zu unternehmen. Es kommen noch mehr Flüchtlinge hierher, wenn wir in diesem Land Leute haben, die Versteher von Kriegsverbrechern sind. In der Schweiz wurde das Rote Kreuz gegründet, das sollten wir nicht vergessen. Verletzte Kinder aufzunehmen, auch wenn sie mit Familienangehörigen kommen müssen, ist ein Symbol und hat eine Ausstrahlung der Schweiz, die über die 20 Kinder hinausgeht. Dies sollten wir bedenken.

Attila Kipfer (SVP): Die SP, die Grünen und die AL wollen mit dem Postulat verletzte oder kranke Kinder plus Begleitpersonen aus dem Gazastreifen nach Zürich holen. Es ist schrecklich, wenn Kinder kein Dach über dem Kopf haben. Es ist schrecklich, wenn sie hungern und leiden. Ich glaube, wir sind uns einig, dass wir helfen müssen – aber sicher nicht so. Wir sollten vor Ort helfen, Geld spenden oder Hilfsgüter liefern, wie man das auch sonst jeweils tat. Die Verantwortung sehe ich nicht bei der Stadt Zürich, sondern beim Bund. Nun kommen die Kinder mit Begleitpersonen, die den Juden in der Schweiz



gar nicht gut gesinnt sind. Wenn man den Koran öffnet und die erste Sure liest, geht es darum, wer ungläubig ist und was mit ihnen passiert - ich zitiere: «Die Juden sind die Schlimmsten, denn sie kennen die Wahrheit und verleugnen sie.» Die darin erwähnten Ungläubigen sind wir, also Christen und unsere jüdischen Freunde. Wir sollen gemäss Koran zusammen in der Hölle schmoren. Problematisch wird es, wenn Leute zu uns kommen, die den Koran über unser Gesetz, die Verfassung und unsere Kultur stellen. Dann besteht ein Sicherheitsproblem. Kinder mit Begleitpersonen und Familiennachzug sind aus kulturellen Gründen in einem Land mit christlich-demokratischen Wertvorstellungen nicht integrierbar. Wir leben Meinungsfreiheit, Toleranz, Freiheit und möchten dies weiterhin tun. Warum kümmert man sich in diesem Postulat nur um Kinder aus Gaza? Es laufen aktuell Kriege in der Ukraine, Äthiopien, Sudan und in weiteren Ländern. Was ist mit den Kindern dort, sind diese weniger wert? Wir wurden wieder als Rassisten bezeichnet. Wenn ich ein Rassist bin, weil ich unser Land schützen möchte, bin ich das gern.

Anjushka Früh (SP): Es ist schwierig, nach diesem Votum zu sprechen. Geht es euch eigentlich noch? Wir sprechen über schwersttraumatisierte und verletzte Kinder aus einem Genozid, der sich über zwei Jahre lang hinzog. Wir alle konnten uns hunderte Videos davon ansehen, wie schlimm dieser war. Ukrainische Kinder waren wichtig, sie wurden mit Bussen aus ganz Europa abgeholt, das war auch richtig. Bei den Kindern aus Gaza wird dies nicht gemacht, vielleicht weil sie die falsche Hautfarbe oder Religion haben. Wir haben es wortwörtlich von euch gehört. Gaza ist kein Land mit Grenzen, die man einfach überschreiten kann. Gaza gilt als Hochsicherheitsgefängnis. Israel würde niemandem die Durchreise erlauben, wenn auch nur die kleinsten Sicherheitsbedenken vorhanden wären. Im Kanton Zürich ist mit dem Entscheid des Regierungsrats das letzte Tröpfchen an Menschlichkeit gestorben, nachdem in den letzten zwei Jahren ein komplettes Versagen der ganzen Welt festgestellt werden musste. Michael Schmid (FDP) behauptete, mit Layla seien weitere Begleitpersonen mitgekommen. Die vier Geschwister und der Vater von Layla sind im Krieg gestorben. Layla ist einzig mit ihrer Mutter in die Schweiz eingereist.

Tom Cassee (SP): Viele von uns Menschen mit jüdischen Wurzeln wissen aus der Geschichte unserer Familien, dass es entscheidend sein kann, ob die Schweiz Menschen Schutz gewährt oder sie an den Grenzen abweist. Natürlich gibt es unter jüdischen Menschen unterschiedliche Meinungen zu dieser Frage. In meinem Umfeld erlebe ich, dass alle grosses Mitgefühl haben – ganz egal, ob jüdisch oder nicht. Aus meiner Sicht ist es hochproblematisch, alle Menschen aus Gaza als Sicherheitsrisiko zu verunglimpfen. Das lässt uns vergessen, dass hinter jeder Geschichte ein individuelles Schicksal steht. Solche pauschalen Verdächtigungen führen zu Ressentiments und antimuslimischem Rassismus. Dass Ronny Siev (GLP) eine ganze Gruppe von Menschen generalisierend als Sicherheitsrisiko darstellt, macht mir Sorgen – gerade auch, weil wir als jüdische Personen sehr viel Erfahrung darin haben, wie es ist, als ganze Bevölkerungsgruppe verunglimpft zu werden und mit Antisemitismus zu kämpfen. Die Sicherheitsprüfungen der Schweiz werden durch das SEM und den Nachrichtendienst des Bundes (NDB) durchgeführt. Vor Ort prüfen zusätzlich israelische und palästinensische Behörden die Ein- und Ausreise. Israel lässt ganz bestimmt keine Hamas-Mitglieder bei sich einreisen, damit



Menschen zu uns kommen können. Unser gemeinsames Anliegen ist es, schwer verletzte Kinder aus Gaza in der Schweiz medizinisch zu behandeln.

Severin Meier (SP): Weshalb stimmt man diesem Vorstoss nicht zu? Dies hängt mit unserer Gesellschaft zusammen, in der ein grosser Teil der Menschen das Gefühl hat, der Status quo sei da, um zu bleiben. Die SP wird immer sagen, was sie sagt. Die SVP wird immer sagen, was sie sagt. Man kann nichts ändern. So eine Weltansicht ist traurig, weil aus ihr nicht bloss folgt, dass nichts geändert werden kann, sondern auch, dass ein einziges Kinderleben wie das von Layla nicht so wichtig ist. Ihr tut mir wirklich leid mit dieser Weltansicht – und das meine ich nicht polemisch. Damit kommt ihr zum Schluss, dass ein Kinderleben nicht so wichtig sei. Es muss schwierig sein, so zu leben. Wir haben eine andere Weltsicht. Es ist nicht in Stein gemeisselt, dass alles so bleibt und dass das Töten von Kindern normalisiert wird. Es ist nicht in Stein gemeisselt, dass das grösste und auf Kinderbehandlungen spezialisierte Spital im grössten Kanton eines der reichsten Länder der Welt kein einziges Kind aus Gaza aufnimmt, wo das Gesundheitssystem zusammengebrochen ist. Es ist nicht in Stein gemeisselt, dass ein Stadtparlament ein solch unwürdiges Hickhack veranstaltet wie wir gerade. Wir glauben, eine andere Gesellschaft ist möglich. Wir glauben, dass jedes Kinderleben unendlich viel wert ist und dass es unendlich viel Effort unsererseits braucht, um auch nur eines zu schützen. Wir glauben, dass eine Gesellschaft möglich ist, die ihr Bestes gibt, um jedes Leben zu schützen, und die nicht fragt, woher das Kind kommt. Wir glauben, dass eine Gesellschaft möglich ist, in deren Stadtparlament ein Vorstoss wie dieser diskussionslos einstimmig überwiesen wird und in der diese Menschlichkeit ganz normal ist. Daran werden wir weiter arbeiten.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): In verschiedenen Punkten muss ich Stefan Urech (SVP) heute Abend recht geben. Selbstverständlich hat der rechtsradikale Benjamin Netanjahu gar kein Problem damit, wenn wir Kinder hierherholen. Er hatte auch kein Problem damit, seine Waffen gegen Kinder zu richten. Israelische Waffen gehören zur ersten Ursache für Kindersterblichkeit weltweit. Humanitäre Hilfe können wir nicht outsourcen – erst recht nicht in der Schweiz, in der wir stolz auf ihre Erfindung sind. Sie lässt sich auch nicht an arabische Staaten outsourcen, die nicht demokratisch sind. Früher behandelte und therapierte Israel viele dieser Kinder, was heute nicht mehr der Fall ist. Die Diskussion wurde über die Kinder aus der Ukraine nicht geführt. Damals haben Sie geschwiegen, obwohl es sich um mehr Kinder handelte und auch andere Staaten zwischen der Ukraine und der Schweiz diese Kinder hätten aufnehmen können. Samuel Balsiger (SVP) hat ein Treffen mit der ukrainischen Bevölkerung organisiert, wofür ich sehr dankbar bin. Aber das hat mit den Leuten aus Gaza nicht stattgefunden. Und selbstverständlich hätten sich unter den Leuten mit Schutzstatus S auch Agenten von Putin befinden können. Das hat Sie nicht gestört, hier aber schon. Wir wissen alle, weshalb das so ist, auch wenn ich das R-Wort nicht nenne. Karin Weyermann (Die Mitte) hat die Möglichkeit, während der Debatte etwas zu lernen. Im Triemli gibt es eine pädiatrische Abteilung. Die GLP hatte ein Ratsmitglied, das dort im Kindernotfall arbeitete. Es kann sein, dass im Triemli gewisse Operationen nicht stattfinden können, aber andere schon. Wenn nicht, sind wir beim Grundproblem, nämlich der Unmenschlichkeit der Gesundheitsdirektorin, die niemand in diesem Rat verdient hat. Natalie Rickli (Regierungsrätin (SVP)) hat politisch schon oft



versagt, an dieser Stelle aber gezeigt, wie kaltherzig sie ist. Attila Kipfer (SVP), im Koran stehen viele Dinge, in der Bibel aber auch. Ich bin der Erste, der ein radikaler Atheist ist, aber wenn du so über den Koran sprichst, dann bring nächstes Mal auch ein Bibelzitat mit. Und ich gebe nochmals Stefan Urech (SVP) recht: Die AL hat diese Diskussionen satt. Menschlichkeit und humanitäre Hilfe ist keine Diskussion für Parteigeplänkel. Deshalb haben wir Ihnen unsere Motion zugestellt, die wir nächste Woche einreichen werden. Diese bietet die Möglichkeit, solche Diskussionen künftig nicht mehr in diesem Rat führen zu müssen, sondern unter Fachpersonen. Der von uns vorgeschlagene Fonds wird mit viel Geld dotiert. Ich bin gespannt, wie Sie alle – die sich wünschen, dass Kinder aus Sudan, Nordkorea oder Nicaragua hier behandelt werden – auf diesen Vorstoss reagieren werden. Es wird der Moment der Wahrheit sein, ob das heute Gesagte stimmt oder nicht.

Stefan Urech (SVP): Zur von dir erwähnten Motion kann ich nach dieser kurzen Zeit noch nicht Stellung nehmen, aber wir werden sie anschauen und regelkonform behandeln. Ich bin nicht wirklich erstaunt über die israelfeindlichen Voten der linken Seite, insbesondere von der SP. Wir haben oft die Worte Israel und Netanjahu gehört, als wären sie verantwortlich für das ganze Leid. Nicht einmal hat jemand von der linken Seite etwas über die extremen Muslime, die dort an der Macht und für das Elend verantwortlich sind – die Hamas – gesagt. Die Unterstellung, Israel habe einen zweijährigen Genozid betrieben, finde ich brutal und zeugt von einem speziellen Verständnis des Nahen Ostens. Israel hat im Gazastreifen nichts zu sagen, sondern die Hamas. Diese wählt aus, wer ausreisen darf. Wir von der SVP und FDP haben konkrete Fragen dazu gestellt, warum medizinische Hilfe vor Ort nicht sinnvoller und effizienter als der Einflug in die Schweiz sei. Wir haben gefragt, ob Sie nicht auch Sicherheitsbedenken hätten, Leute hierher zu bringen, die kein Gesetz über die Scharia setzen. Und wir haben gefragt, wieso wir dafür aufkommen sollen und wieso nicht Millionäre aus dem muslimischen Raum, die für das ganze Fiasko verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen würden. Antworten habe ich fast keine erhalten, bloss Beleidigungen. Sie gehen nicht auf Fragen und Argumente ein. Ich glaube nicht, dass das langfristig für Sie funktionieren wird.

Sophie Blaser (AL): Es war eine ausufernde und bewegende Debatte. Es geht nicht um uns, Stefan Urech (SVP), es muss nicht für mich aufgehen. Ich bin nicht verletzt, ich bin nicht im Gazastreifen und ich bin kein Kind. Schon als Kind habe ich es nicht verstanden und verstehe bis heute nicht, weshalb das Leid an Frauen so viel schlimmer als an Männern sein sollte. Es ist auch nicht in Ordnung, Männer zu verstümmeln, zu foltern, zu erschiessen. Aber heute hat sich die Debatte auf Kinder reduziert. Selbst Frauen wurden nicht einbezogen. Wir haben die Anfrage des Bundes auf 20 Kinder reduziert. So wichtig wie uns das eigene Leben und die eigene Sicherheit ist, so klar müsste uns sein, wie wichtig die Behandlung für ein verletztes Kind ist. In diesem Moment ist vielleicht nicht so wichtig, wie viele andere Kinder auch behandelt werden. Wenn es um Leben und Tod geht, geht es eben auch um Einzelne. Insofern ist es wichtig, dass wir Menschen in der Schweiz aufnehmen, dass wir empathisch sind. Sie haben uns gezeigt, dass sie Empathie teilweise nicht kennen. Wir haben seit heute ein Ratsmitglied, das sich selbst als Rassisten bezeichnet. Das ist ein Tiefpunkt. Die SVP-Fraktion meinte kürzlich, dass sie



einen Rassisten sofort ausschliessen würde. Ich möchte mich bei den Menschen entschuldigen, die nicht mehr dem Livestream zugeschaltet sind, weil sie das nicht ausgehalten haben. Vielleicht ist es naiv, vielleicht ist es Kalkül – auf jeden Fall ist es eklig. Ich möchte mich auch bei den muslimischen Ratsmitgliedern und Mitmenschen entschuldigen, dass wir es nicht schaffen, sie vor diesen Angriffen zu schützen und dass sie täglich antimuslimischen Rassismus erleben müssen. Ich bin aber sehr froh, dass es nach dieser Debatte eine Mehrheit gibt, die zumindest für einige Familien Hoffnung schafft.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Der Stadtrat ist sehr gerne bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, in dieser Situation einen Beitrag zu leisten. Die Stadt Zürich kann in diesem Bereich nicht von sich aus allein handeln. Es gibt verschiedene Hindernisse, die wir nicht selbst regeln können. Bund und Kanton spielen eine wichtige Rolle. Wahrscheinlich können Triemli-Spital und Stadtspital nicht den gleichen Beitrag wie ein spezialisiertes Spital leisten. Aber entscheidend ist die Frage, ob die Stadt bereit ist, hinzustehen und sich zu einem Beitrag zu bekennen. Wie dieser Beitrag aussehen wird, kann ich Ihnen heute nicht sagen. Wir haben verschiedene Gespräche geführt. Sollte das Postulat überwiesen werden, werden wir die Gespräche forcieren. Wir haben wahnsinnig viele Gründe gehört, warum dies nicht möglich oder weshalb es der falsche Ort sei, um dieses Thema zu besprechen. Es wurde gesagt, Kanton und Bund seien zuständig. Doch Flüchtlingspolitik ist eine Verbundaufgabe. Natürlich können wir es nicht allein lösen. Aber wenn wir als Gemeinde einen ansehnlichen Teil zur Flüchtlingspolitik des Landes beitragen, dürfen wir zumindest sagen, dass wir es sinnvoll finden, mehr zu tun. Einige meinen, wir würden die Falschen herholen. Wenn wir in den letzten zwölf Jahren hier im Saal über «Resettlements» oder zusätzliche Kontingente diskutierten, waren es immer die gleichen Parteien, die diese Menschen für die Falschen hielten. Es ist ein Fehler, zu konstruieren, weshalb das nun nicht gehen sollte. Die Frage, ob es mehr Kinder sind oder nicht, ist ein seltsames Argument. Ihr findet, es handle sich bloss um einen kleinen Beitrag. Natürlich könnten wir mehr tun. Die Schweiz hat in ihrer humanitären Tradition nie die Welt gerettet, jedoch einen Beitrag geleistet. Der Stadtrat ist überzeugt: Wenn wir hier keinen Beitrag leisten, müssen wir uns hintersinnen. Wir werden das Postulat ernsthaft prüfen, unsere Möglichkeiten ausloten. Wie erfolgreich wir sein werden, weiss ich nicht. Doch es ist in der aktuellen Debatte sehr wichtig, dass sich die grösste Schweizer Stadt äussert und die eigene Bereitschaft signalisiert.*

Das Dringliche Postulat wird mit 77 gegen 40 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



12 / 12

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat